



Artikel

Presseschau ● 26.01.2026

"Mehr Tempo in der Wirtschaftspolitik"

GVB-Präsident Stefan Müller und Bezirkspräsident Wolfgang Seel nutzten die regionale Aufsichtsratstagung in Schwaben für einen Redaktionsbesuch bei der „Augsburger Allgemeinen“.

In der Wochenendausgabe erschien nun ein Artikel auf der Seite eins sowie ein ausführliches Interview im Wirtschaftsteil mit dem Tenor: Die Lage für den Mittelstand sei ernst, es brauche mehr Tempo in der Wirtschaftspolitik und Hilfe für die unter Druck geratenen mittelständischen Unternehmen.

Bayerns mittelständische Unternehmen geraten zunehmend unter Druck, schreibt die „Augsburger Allgemeine“ im Aufmacher-Artikel. Während die deutsche Wirtschaft 2025 leicht um 0,2 Prozent wuchs, schrumpften die Umsätze kleiner und mittlerer Betriebe im Freistaat um ein Prozent, und zwei Prozent der Stellen wurden abgebaut. Auch die bayerischen Raiffeisen- und Volksbanken würden die schwierige Lage ihrer meist mittelständischen Kunden bestätigen. Verbandspräsident Stefan Müller beschreibe die Situation als „sehr ernst – und zwar flächendeckend“ und verweise auf zunehmende Zahlungsschwierigkeiten sowie sinkende Nachfrage nach Neukrediten. Laut Müller herrsche große Investitionszurückhaltung, insbesondere in industiestarken Ländern wie Bayern, deren Bruttoinlandsprodukt sich schlechter entwickelt habe als im Bundesdurchschnitt. Zudem sei die Arbeitslosigkeit in Bayern 2025 stärker gestiegen als in allen anderen Bundesländern.

Müller fordere daher schnelleres politisches Handeln auf Landes- und Bundesebene und kritisiert zu hohe bürokratische Hürden, so die regionale Tageszeitung. „Sonst verspielen wir unsere Stärken“, mahnt er und betont, dass politische Ankündigungen zur Entbürokratisierung bislang nicht spürbar seien. Innovationskraft werde durch übermäßige Regulierung behindert.

Der schwäbische Bezirkspräsident des Genossenschaftsverbands, Wolfgang Seel, berichtet ebenfalls von großer Verunsicherung im Mittelstand. Viele Unternehmer fragten sich, ob ihre Geschäftsmodelle in Deutschland künftig noch tragfähig seien; Themen wie Energiekosten, Regulierung, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Lohnstückkosten wirkten „lähmend“, wird Seel zitiert. Zwar gebe es weiterhin investitionsbereite Unternehmen, doch insgesamt fehle es an Dynamik, und die beschlossenen steuerlichen Verbesserungen bei Abschreibungen zeigten bislang keine Wirkung.

Im vertiefenden Interview warnt GVB-Präsident Stefan Müller vor einer sehr ernsten Lage im Mittelstand. Der von

Datev eroberte Mittelstandsindex sei seit 2024 rückläufig, und auch Banken registrierten seit eineinhalb Jahren zunehmende Zahlungsschwierigkeiten, was zu höherer Risikovorsorge zwinge. Eine Kreditklemme gebe es jedoch nicht: Solide Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell erhielten weiterhin Kredite, betont Müller, doch „das eigentliche Problem ist (...) die fehlende Investitionsbereitschaft“.

Zunehmend diskutierten selbst international erfolgreiche Mittelständler Standortverlagerungen, was früher undenkbar gewesen sei. Bayern habe zwar weiterhin große Standortvorteile, doch es brauche „mehr Tempo in der Wirtschaftspolitik“, fordert Müller.

Von der Bundesregierung erwarte er, zentrale strukturelle Probleme endlich zu lösen: Energiekosten, Bürokratie sowie Steuern und Abgaben seien zu hoch. „Wir stehen uns selbst im Weg, wir behindern Innovationen durch Regulierung“, wird Müller zitiert, während andere Länder wie Frankreich durch Reformen an Attraktivität gewonnen hätten. Die Debatte über höhere Erbschaftssteuern verunsicherte Unternehmen zusätzlich.

Für die bayerischen Genossenschaftsbanken selbst rechne Müller trotz schwierigem Umfeld mit einem „ordentlichen“ Ergebnis für 2025, wenngleich schwächer als in den Vorjahren. Große Probleme gebe es im Gewerbeimmobilienbereich, wo ein Überangebot und Nachwirkungen der Pandemie viele Projekte belasten. Befragt zur Krise der BayWa erklärte Müller, man erwarte vollständige Aufklärung und eine konsequente Umsetzung der neuen Strategie, damit „es nicht wieder zu Situationen kommt, in denen Liquiditätsprobleme entstehen“.

Der Hauptartikel steht [hier](#) online zur Verfügung.